

9.7 Erläuterungsbericht **Änderungsantrag**

Projekt: Erweiterungsbau des sozialpädiatrische Zentrum des Marien Hospital Wesel
für die Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie u. Psychotherapie
(KJPP)
Breslauer Str. 20
46483 Wesel

Bauherr: Marien Hospital Wesel gGmbH
Pastor-Janßen-Straße 8-38
46483 Wesel

Bestandssituation und Neubaumaßnahme

Lage Grundstücks des katholischen Krankenhaus St. Marien-Hospital Wesel:

Gemarkung: Wesel
Flur: 40
Gemeinde: Wesel
Flurstück: 288

Lage-/ Übersichtsplan



Lageplan

Änderungsantrag:

Der eingereichte und positiv beschiedene Förderantrag sah eine Vollunterkellerung des geplanten Neubaus vor. Grundlage dieser Planung war die zum damaligen Zeitpunkt vorliegende Einschätzung der zuständigen Behörden, wonach die hierfür erforderlichen Erdarbeiten – insbesondere das Freilegen und der anschließende Rückbau einer unterirdisch vorhandenen historischen Maueranlage – grundsätzlich zulässig und umsetzbar seien. Im Untergeschoss sollten die für den Betrieb des Gebäudes notwendigen Technikflächen sowie weitere betriebliche Nebenfunktionen untergebracht werden.

Im Zuge der weiteren Abstimmungen und Untersuchungen wurde jedoch festgestellt, dass die den bisherigen Planungen zugrunde liegende Annahme hinsichtlich der historischen Maueranlage nicht aufrechterhalten werden kann. Nach aktueller Bewertung des LVR und der Denkmalbehörde darf die historische Mauer, die unterhalb des geplanten Neubaus liegt, weder freigelegt noch zurückgebaut werden. Zulässig ist lediglich eine Überbauung unter Erhalt der vorhandenen Substanz.

Aufgrund dieser geänderten Rahmenbedingungen ist die ursprünglich vorgesehene Unterkellerung des Neubaus technisch und denkmalrechtlich nicht mehr realisierbar. Die Planung wurde daher angepasst. Die im Untergeschoss vorgesehenen Technikflächen werden nunmehr in einer Technikzentrale auf dem Dach des Neubaus untergebracht.

Darüber hinaus wird die ursprünglich im Untergeschoss vorgesehene Werkstatt als eigenständiger Baukörper neben dem Bestandsgebäude errichtet. Die hierfür erforderlichen Planunterlagen sind Bestandteil dieses Änderungsantrags.

Die vorgenannten Änderungen führen gegenüber der ursprünglich genehmigten Planung zwar zu geringfügig reduzierten Nutzflächen. Diese können jedoch durch eine optimierte Organisation und Mehrfachnutzung einzelner Raumstrukturen kompensiert werden, sodass sich hieraus keine funktionalen Einschränkungen für den Betrieb ergeben.

Auch hinsichtlich der Herstellungskosten ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen. Zwar entfällt die Ausführung des Untergeschosses, jedoch müssen die dort ursprünglich vorgesehenen Technikflächen nunmehr in einer separaten Technikzentrale auf dem Dach untergebracht werden. Gleichzeitig bleibt eine aufwendige Gründung des Neubaus erforderlich. Die Gründung ist nunmehr so auszubilden, dass die unterirdisch vorhandene historische Mauer dauerhaft erhalten bleibt und ohne Beeinträchtigung ihrer Substanz überspannt beziehungsweise überdeckt werden kann. Die hierfür erforderlichen konstruktiven Maßnahmen sowie die besonderen Randbedingungen bei Planung und Ausführung führen zu einem erhöhten technischen und logistischen Aufwand, sodass sich aus dem Wegfall des Untergeschosses keine Kosteneinsparungen ergeben.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag werden die geänderten Planungsgrundlagen sowie die daraus resultierenden Anpassungen der Bauausführung dargestellt und zur Genehmigung vorgelegt.

Kurzbeschreibung Bestandsstrukturen / Umstrukturierungsmaßnahmen / Bedarf

Auszug aus der Anlage 9.1:

„Unter dem Dach des Zentrums für Kinder und Jugendliche des Marien Hospitals arbeiten die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, das Sozialpädiatrische Zentrum SPZ, die Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie KJPP sowie die Interdisziplinäre Frühförderstelle IFF in bewährter Weise seit über 20 Jahren eng zusammen. Die Fachdisziplinen gewährleisten eine fundierte medizinische Basisversorgung aller Krankheiten und Störungen im Neugeborenen-, Säuglings-, Kinder- und Jugendalter. Eine spezialisierte und integrierte medizinische, psychologische, psychiatrische und psychosoziale Diagnostik und Behandlung komplettieren das umfassende Angebot vor Ort.“

Gemäß Anlage 9.1 wird zusätzlich beantragt, das bestehende KJPP mit 20 Plätzen (laut Feststellungsbescheid Nr. 1945 vom 26.11.2019) um 10 weitere Teilstationäre Plätze zu erweitern und baulich dem bestehenden SPZ anzugliedern.



Bestandssituation:

Bezogen auf die Synergieeffekte der Zusammenarbeit soll das KJPP einschließlich der Schule (Teil des KJPP), die sich zurzeit in einer Mietfläche rund 2km entfernt zum SPZ in der Dinslakener Landstraße 8-10 in Wesel befinden, näher an das bestehende SPZ in der Breslauer Str. 32 angebunden werden.

Das Bestandsgebäude des SPZ wurde bereits bei der Errichtung so konzipiert, dass eine Erweiterung für einen KJPP-Neubau in Richtung Westen auf dem Grundstück möglich ist.

Die derzeitige Mietfläche des KJPP in der Dinslakener Landstraße befindet sich in einem Gebäude (Baujahr vermutlich 60-70erJahre), welches einen hohen Investitionsstau aufweist. Die Räumlichkeiten setzten sich aus ehemaligen Wohnungen und Gewerbeflächen zusammen und haben daher grundsätzlich untypische Zuschnitte für die derzeitige Nutzung.

Daher hat es bereits 2019 eine Planung für 20 Plätze in Form eines zweigeschossigen Neubaus (zzgl. UG) im direkten Anschluss an das SPZ in der Breslauer Straße 32 gegeben.

Hierzu wurde bereits eine Bauvoranfrage (2-geschossige Variante) eingereicht und diese in ersten Gesprächen mit der Stadt als grundsätzlich genehmigungsfähig beurteilt. Lediglich die Parkplatzsituation sei nachzuweisen und müsse abschließend geklärt werden.

Anmerkung: Es wurde im Nachgang ein Stellplatznachweis für das gesamte Krankenhaus einschließlich aller Satelliten-Gebäude (auch das SPZ) erstellt, der einen Überhang auch bei einer zusätzlichen Errichtung des Neubaus KJPP ausweist.

Eine weitere Besonderheit des Grundstücks ist eine historische Mauer, die unterhalb des Baufeldes verläuft. Nach Rücksprache mit der Stadt muss diese zu Beginn der Maßnahme freigelegt und begutachtet werden und kann dann im Anschluss rückgebaut werden. Sie beeinträchtigt somit die geplante Maßnahme baulich nicht, wird aber zur Begutachtung über einen gewissen Zeitraum den Neubau verzögern.

Entsprechende Kosten und Zeiten wurden in den Anlagen des Antrages ausgewiesen.

Zusammenfassung Abhängigkeiten zu anderen Maßnahmen:

Es bestehen keine direkten Abhängigkeiten zu anderen Maßnahmen. Das Mietverhältnis des KJPPs und der Schule besteht weiterhin.

Jedoch ist eine Aufstockung um 10 weitere Teil-Stationäre Plätze nicht mehr in den angemieteten Flächen möglich.

Allgemeine Beschreibung zur Neubaumaßnahme

Das geplante 4-geschossige Gebäude (~~zzgl. Untergeschossfläche~~) befindet sich auf einem separaten Grundstück des St. Marien-Krankenhauses. Auf diesem Grundstück wurde bereits 2011 das SPZ errichtet.

Bereits bei der Errichtung des SPZ wurde eine Erweiterung in Richtung Westen angedacht.

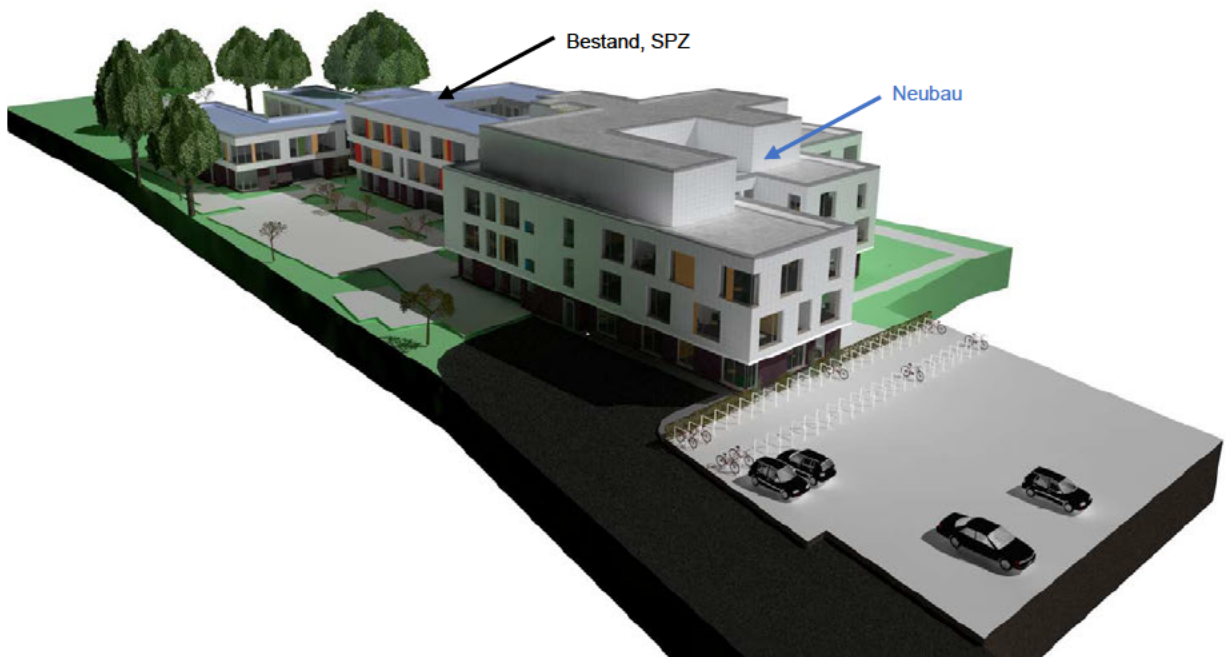


Luftbild Bestand, Quelle Google Maps

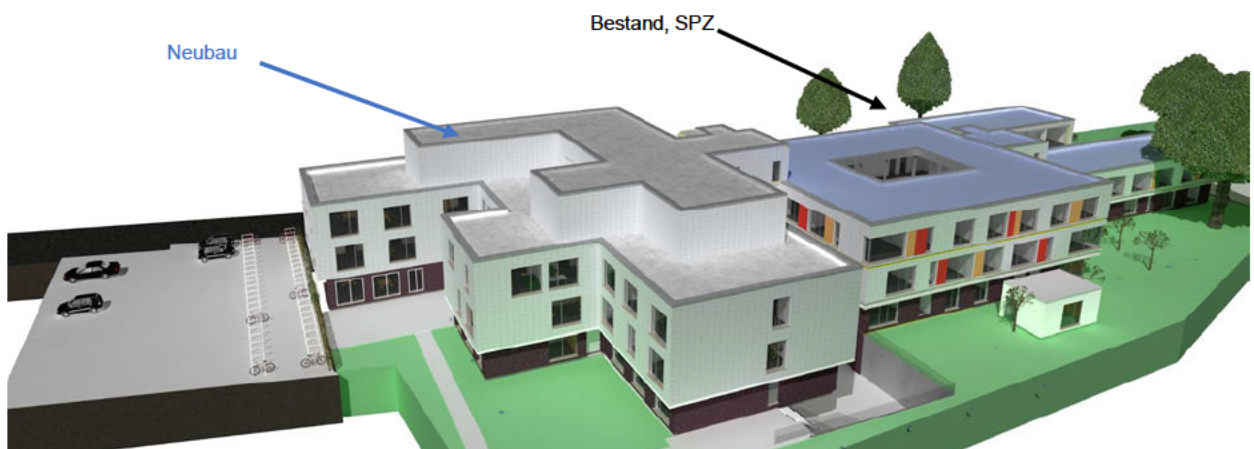


Foto Bestand

Das Planungskonzept sieht wie folgt aus:

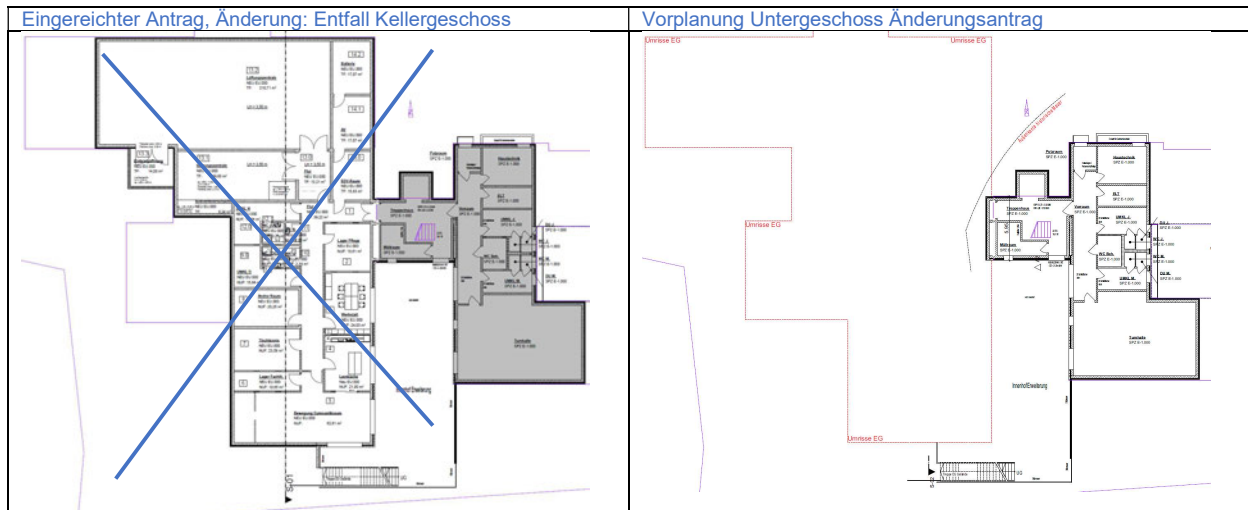


Visualisierung, Haupteingang



Visualisierung, Rückseite

Vergleich Untergeschoss eingereichter Antrag / Änderungsantrag:

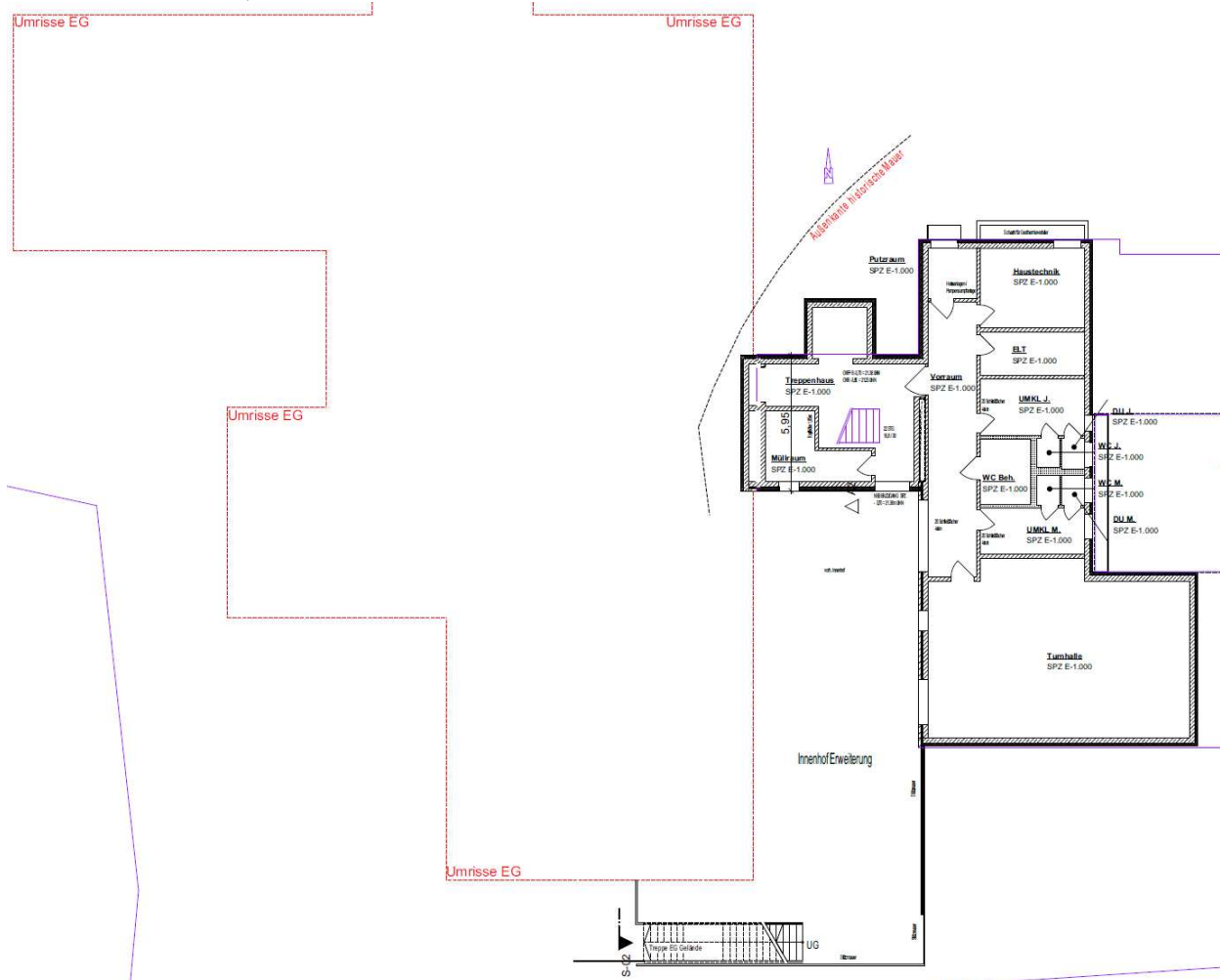


Nutzung/ Funktionsbereiche

Untergeschoss: Änderungsantrag

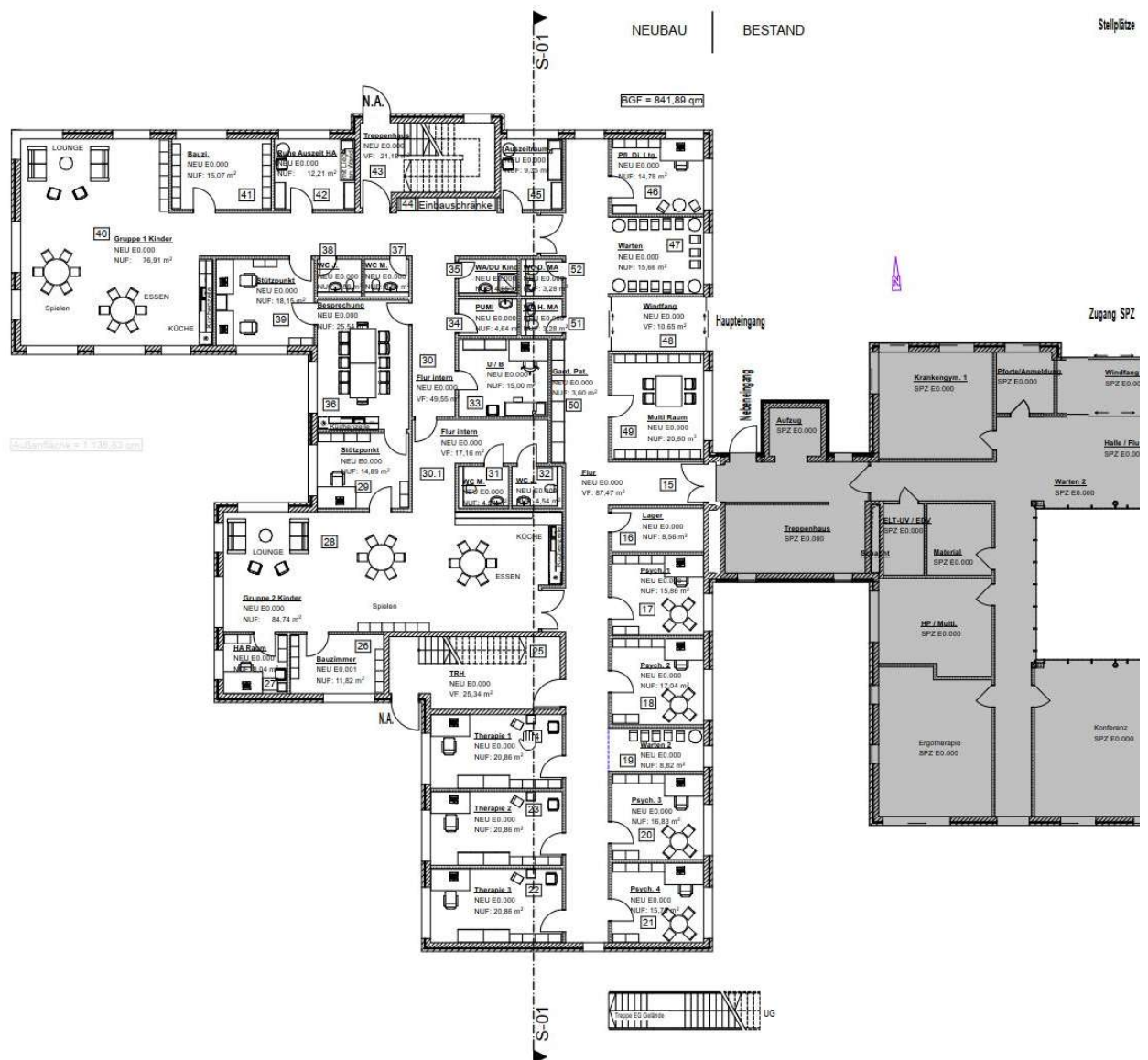
Neubau: Fundamente

Bestand: Haustechnik, Turnhalle mit Umkleiden



the 1990s, the number of people in the United States who are 65 years of age or older has increased by 50 percent. The number of people 75 years of age or older has increased by 100 percent. The number of people 85 years of age or older has increased by 200 percent. The number of people 95 years of age or older has increased by 400 percent.

Bestand: Eingangsbereich, Therapieräume, Bewegungsräume, Wartebereiche (SPZ)



Vorplanung Erdgeschoss

1. Obergeschoss:

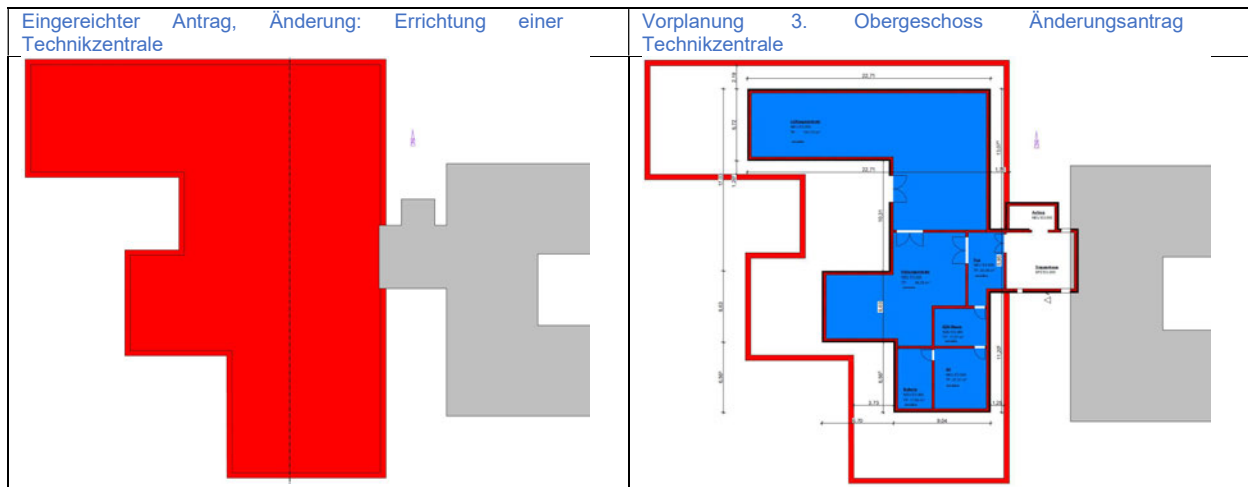
Neubau: Klassenräume, Verwaltung, Untersuchung und Behandlungsräume, Untersuchungs- / Behandlungsräume

Bestand: Arzträume, Untersuchungs- / Behandlungsräume (SPZ)



Vorplanung 1.Obergeschoss

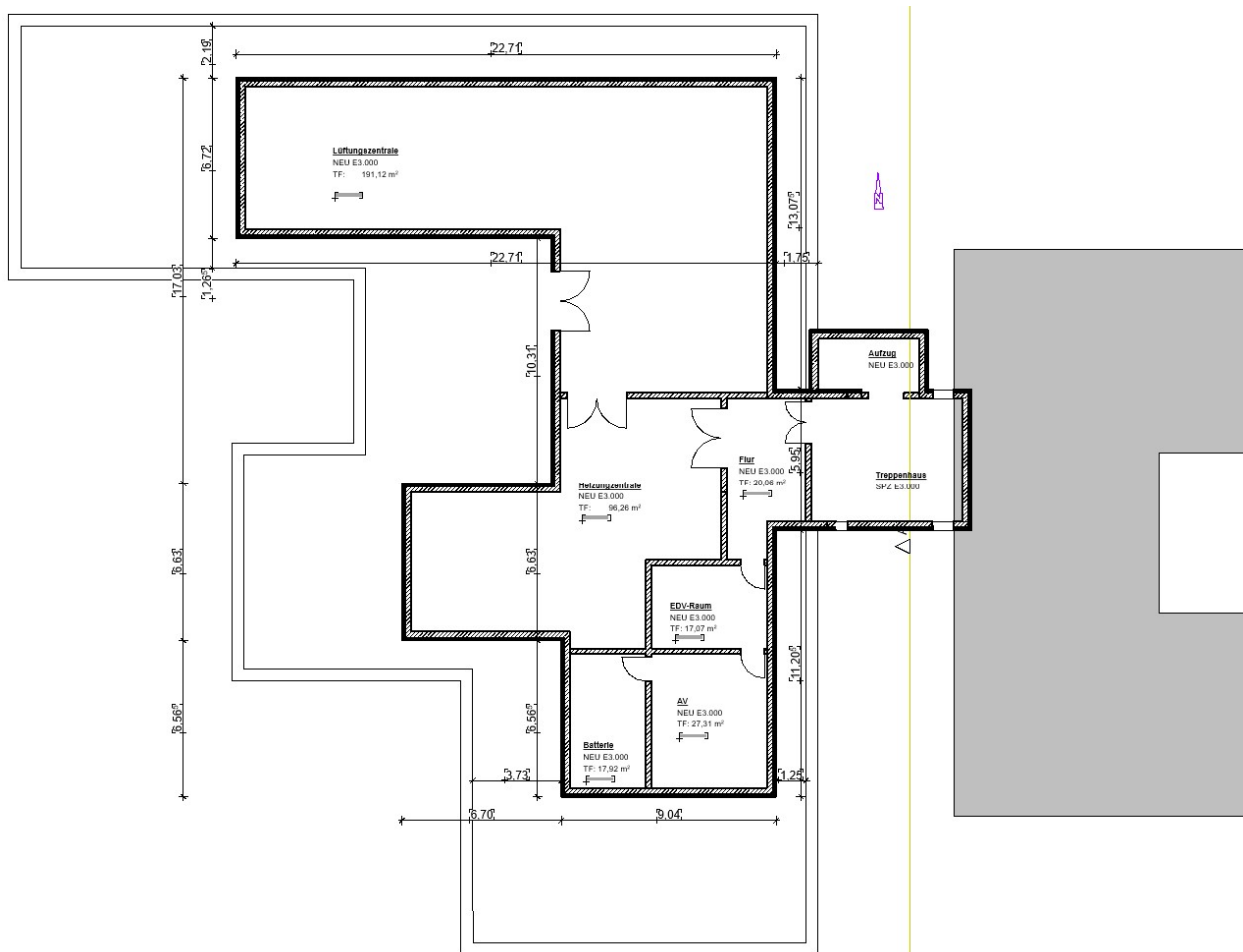
Vergleich 3. Obergeschoss eingereichter Antrag / Änderungsantrag:



3. Obergeschoss:

Neubau: Technikfläche Änderungsantrag

Bestand: Dachfläche





Erweiterung/ Neubau:

- Grundstücksherrichtung, Schutzvorrichtungen für vorhandene Gebäudeteile, Umverlegung der Medienversorgung, Freilegen der Historischen Mauer

- Vorabmaßnahmen zur Herstellung der Baufreiheit (Grundleitungsumverlegungen, Leitungssicherungen)
- Rückbau von Pflasterflächen, Einbauten u.ä.
- Herstellen der Baugrube mit Abfuhr des Bodenmaterials

- Beginn der Spezialtiefbauarbeiten mit Herstellung von kurzen Bohrpfählen (s. Bodengutachten)
- Errichtung von Betonbalken als Traggerüst
- Herstellung von Gräben und neuen Grundleitungen zum Anschluss der neuen Abwasserleitungen
- Schottererschicht und druckfesten Wärmedämmung unterhalb der Bodenplatte
- Stahlbetonbodenplatte

KG 330 Außenwände und vertikale Baukonstruktionen (außen)

- Erdgeschoss bis **3. Obergeschoss**: Stahlbetonstützen
- Außenwände in Massivbauweise aus einer Stahlbetonkonstruktion
- Außenwandbekleidung im Erdgeschoss bestehend aus Wärmedämmverbundsystem (A1, Mineral- oder Steinwollämmstoffen). Verblendung mit Riemchen
- Außenwandbekleidung im 1. und **3. OG** bestehend aus Wärmedämmverbundsystem (A1, Mineral- oder Steinwollämmstoffen) mit Putzsystem und ökologischen Anstrichen
- Außenfenster- und Türanlagen mit 3-facher Isolierverglasung (3-fach), mit Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an den Schallschutz.
- Türanlagen von Lager- oder Technikbereichen aus wärmegeprägten Stahlblechtüren
- Im EG bis 2. Obergeschoß Raffstore-Anlagen vor den Fensteranlagen. Teilweise zusätzliche die Möglichkeit der Raumabdunkelung durch Jalousien-System

KG 340 Innenwände und vertikale Baukonstruktionen (innen)

EG bis **3. OG**

- Tragende massive Bauteile Stahlbetonstützen, Stahlbetonwände
- Nichttragende Wände bestehend aus Leichtbauwandkonstruktionen gem. Vorgaben aus dem Schallschutz- und Brandschutzgutachten

Untergeschoss:

- Flur-/Lager-/Nebenraumbereiche Wandschutz im Sockelbereich bis mind 1,20m Höhe
- Wandbereiche mit Glasfasertapeten abwaschbaren Anstrichen
- Stahlblechtüranlagen gem. Anforderung an Schall- und Brandschutz

Erdgeschoss bis 3. Obergeschoss:

- Spritzwasserbereiche, zugelassenen Wandschutzbekleidungen
- Teil-/Wandbereiche mit Glasfasertapeten und abwaschbaren, desinfektions-mittelbeständigen Anstrichen
- Innentüren gem. Anforderung an die Hygiene, Schall- und Brandschutz

KG 350 Decken und horizontale Baukonstruktionen

Untergeschoss:

- Stahlbetondecken und Stahlbetonunterzüge
- Schwimmender Estrich mit Trittschalldämmung und Abdichtungsebene auf der Betondecke, elastischer und nachhaltiger Bodenbelag
- Im Bereich des Technikräume: Schwimmender Estrich mit Trittschalldämmung, wisch- und ölbeständige Anstriche, Mineralfaser-Raster-/Abhangdecken
- Im Außenbereich: Untersicht der Betondecke einschl. der Unterzüge mit mineralischer Dämmung Abhangdecke mit zementgebundenen Platten und Anstrich

Erdgeschoss bis 3. Obergeschoss:

- Stahlbetondecken und Stahlbetonunterzüge
- Schwimmender Estrich mit Trittschalldämmung und Abdichtungsebene auf der Betondecke, elastischer und nachhaltiger Bodenbelag
- Abhangdeckensysteme je nach Raumnutzung aus Gipskarton-Abhangdecke mit desinfektionsmittelbeständigen Anstrichen und teilweise mit Lochung für Schallschutz, Haupt- und Nebenräume mit GK-Fries und Mineralfaserrasterdecke

KG 360 Dächer

- Stahlbetondecken und Stahlbetonunterzüge zur Aufnahme der PV-Anlage und des Gründaches
- außenliegende Regenentwässerung
- Warmdach mit A1-Minerlwärmedämmung und Bituminöser Dachabklebung
- Dachfläche mit extensiver Dachbegrünung und einer Regenrückhaltung von ca. 50% zur Drosselung des Regenabflusses.
- Ausführung einer Attika mit außenliegenden Regenwasserabläufen und Notentwässerungen
- Vorrichtung von Dachsekurantensystemen

KG 370 Infrastrukturanlagen

- keine vorhanden

KG 380 Baukonstruktive Einbauten

- Festeinbauten im Untergeschoss: keine (alle notwendigen Ausstattungen sind in der KG600 losen Einrichtung enthalten. Hierzu gehören z.B. Lagerregale, Büroeinrichtung etc.

- Festeinbauten im Erdgeschoß bis 2. Obergeschoss: Überwachungsplatz, Thekenanlagen, Einbauküchen(alle anderen Ausstattungen sind in der KG 600 enthalten)

KG 390 Sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen

Herstellen der Baustelleneinrichtung, die für die Ver- und Entsorgung der Baustelle erforderlich werden.

Hierzu gehören u.a.: Bauzaun, Bauschild, Baustellenverkehrsschilder, Bau- und Schutzzäune, Schutzgeländer, Lagerflächen, Baustrom-, Wasseranschluss, WC-Anlage, Lager- und Bürocontainer, Bauschuttcontainer, Baukräne, Baumaschinen-Service und Winterbau. Arbeitsgerüste, Fassaden-gerüste und Schutzgerüste, Abbruchmaßnahmen an den Bestandsfassaden, Schadstoffbeseitigung (keine besonders auszubauenden Schadstoffe vorhanden bzw. bekannt), Witterungsschutz

Bestandsumbau:

KG 200 Vorbereitende Maßnahmen

- keine Maßnahmen erforderlich

KG 300 Bauwerk – Baukonstruktion

KG 310 Baugrube

- keine Maßnahmen erforderlich

KG 320 Gründung und Unterbau

- keine Maßnahmen erforderlich

KG 330 Außenwände und vertikale Baukonstruktionen (außen)

- keine Eingriffe an tragenden Bauteilen
- Rückbau von Fassadenelementen (die WDVS-Fassade im Anschlussbereich wird rückgebaut)
- Herstellung der Anschlussbereiche / Fassadenbekleidungsanschlüsse

KG 340 Innenwände und vertikale Baukonstruktionen (innen)

Untergeschoss

- Öffnen und Schließen von Wänden für die TGA

Erdgeschoß bis 2.OG:

- Öffnen und Schließen von Wänden für die TGA

KG 350 Decken und horizontale Baukonstruktionen

Untergeschoss bis 2.OG:

- Öffnen und Schließen von vorhandenen Decken für den Installationsrückbau oder für Leitungsneuverlegungen

KG 360 Dächer

- Rückbau vorh. Dachüberstand, Erstellung eines Dachanschlusses an das neue Erweiterungsgebäude Anpassen der vorhandenen Dachentwässerung

KG 370 Infrastrukturanlagen

- keine vorhanden

KG 380 Baukonstruktive Einbauten

- keine

KG 390 Sonstige Maßnahmen für Baukonstruktionen

Herstellen der Baustelleneinrichtung die Ver- und Entsorgung der Baustelle erforderlich

- Alle Ausführungen gem. Anforderungen an Arbeitsschutz / Brandschutz, Schall-/Wärmeschutz, Schallimmissionsschutz, VDI-Richtlinien und sonstige gesetzlichen und Technischen Anforderungen

KG 400 Bauwerk – Technische Anlagen

Gem. Planung und Erläuterungsbericht:

Technische Anlagen HLS

KG 410 Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen

KG 420 Wärmeversorgungsanlagen

KG 430 Lufttechnische Anlagen

Technische Anlagen Elektro

KG440 Starkstromanlagen

KG 450 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen

KG 460 Förderanlagen

KG 470 Nutzungsspezifische Anlagen

KG 480 Gebäudeautomation

KG 500 Außenanlagen und Freiflächen

- Neugestaltung der Außenanlagen bzw. Zuwegungen zum Haupteingang.
- Baustelleneinrichtungsflächen und Baugrube.
- Herstellung von befestigten Flächen mit offenporigen Pflasterdecken mit Eignung für den LKW-Verkehr
- Anbindung von Regenwassergrundleitungen an die Bestandsleitungen
- Errichtung einer neuen Regenwasserzisterne und Revisionsschächten
- Herstellen von neuen Hofeinfällen und Drainrinnen
- Herstellung der Außenbereiche der Kindergruppen (2X), Ergänzung von Grün- und Pflanzenflächen
- Ergänzung der vorhandenen Wegbeleuchtung im Anbaubereich

KG 600 Ausstattung und Kunstwerke

- S. separate Ausstattungsliste des Bauherrn

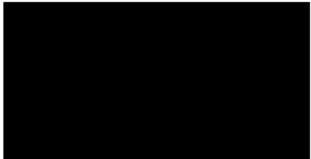
Klimaanpassungsmaßnahmen

Die nachfolgend den einzelnen Kostengruppen zugeordneten Bauteile haben unterschiedlich große Auswirkungen auf die Klimaanpassung. Es sind Bauteile aufgeführt, die positive Auswirkungen haben, unabhängig davon, ob die Auswirkungen als groß oder eher klein anzusehen sind.

Als Orientierungshilfen dienen hier u.a. folgende Unterlagen:

- „Klimaangepasste Gebäude und Liegenschaften“ (2.Auflage 2023)
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
- „Klibau– Weiterentwicklung und Konkretisierung des Klimaangepassten Bauens - Handlungsempfehlungen für Planer und Architekten“ (2020)
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
- „Klimaschutz in deutschen Krankenhäusern: Status quo, Maßnahmen und Investitionskosten“ (2022)
Deutsches Krankenhausinstitut (DKI)
- „DGNB System – Kriterienkatalog Gebäude Neubau“ (Version 2023)
Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB)
- „DGNB System – Kriterienkatalog Gebäude Sanierung“ (Version 2021)
Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB)

1. KG320: Einbau einer Wärmedämmung unterhalb der Bodenplatte



→ Durch die Wärmedämmung wird der Heizenergiebedarf gesenkt und somit trägt diese Maßnahme zur Verbesserung der Gesamt-Klimabilanz bei.

2. KG330: Herstellung einer Fassadendämmung aus einem Wärmedämmverbundsystem und mit Putzoberfläche und ökologischen Anstrich. Im Erdgeschoss mit Riemchen-Verblendung. Ausführung gem. GEG-Anforderungen.

→ Eine Fassadendämmung sorgt dafür, dass sich das Gebäude im Sommer nicht so schnell aufheizt und die Patienten besser vor Hitze geschützt werden. Im Sommer wird der Energiebedarf für die Raumkühlung reduziert. Durch die besseren U-Werte bzw. die Wärmedämmung wird der Heizenergiebedarf gesenkt und somit trägt die Maßnahme zur Verbesserung der Gesamt-Klimabilanz bei.

3. KG330: Herstellung von Fenster- und Türelementen mit 3-Fachverglasung

→ Einbau von Fenstern nach den Anforderungen des GEG. Fenster mit 3-Fachverglasung und in Teilbereichen mit Sonnenschutzverglasung bieten eine gute Wärmedämmung und dienen dem Hitzeschutz in Gebäuden. Im Sommer wird der Energiebedarf für die Raumkühlung reduziert. Durch die besseren U-Werte bzw. die Wärmedämmung wird der Heizenergiebedarf gesenkt und somit trägt die Maßnahme zur Verbesserung der Gesamt-Klimabilanz bei.

4. KG330: Herstellung von Raffstoreanlagen als Sonnenschutz

→ Einbau von Sonnenschutz (Raffstoreanlagen, Jalousien, Vertikallamellen) für die Fenster, schützt vor direkter Sonneneinstrahlung und wirkt dem Aufheizen der Gebäude entgegen.

5. KG 360 Herstellung eines Warmdaches mit extensiven Dachbegrünung

→ Begünstigung der klimatischen und städtischen Klimabedingungen.

→ Mind. 50% Regenrückhaltevermögen zur Drosselung des Regenabflusses und Anpassung an die Klimaveränderungen. Anpassung des Gebäudes an mögliche Hitzeperioden und Extremwetterereignisse, wie Starkregen. (z.B. Reduzierung der Wassermengen im städtischen Kanalsystem).

→ Durch die besseren U-Werte bzw. die hochgedämmte Dachfläche wird der Heizenergiebedarf gesenkt und trägt somit zur Verbesserung der Gesamt-Klimabilanz bei.

→ Im Sommer wird der Energiebedarf für die Raumkühlung reduziert.

6. KG390: Rückbau der vorhandenen Fassadendämmung aufgrund der Neuerrichtung des Anbaus

→ Verbesserung der Dämmwirkung bzw. der Gebäudehülle des bestehenden Gebäudeteils. (kleinere Aussenflächen)

7. KG 400: s. separater Bericht 

8. KG 500:

Verwendung von offenporigen Pflasterflächen zum Regenwasserverbleib auf dem eigenen Grundstück

Herstellung von Vegetationsflächen in den neuen Außenanlagen
Neupflanzungen von Bäumen, die der Verschattung dienen